

seinem weiteren Werdegang vieles offen läßt. Auch das Ausland kann durch verständnisvolle Förderung viel beitragen, was vor allem auch für die USA zu gelten hat, für die Zentralamerika stets ein wichtiges Interessengebiet war. Immerhin sei, generell gesehen, vieles erreicht, was schon fast an eine wirtschaftliche und sogar an eine politische Revolution in Zentralamerika heranreiche. Hierin kann man dem Verfasser nur zustimmen; für die ausführliche und nüchterne Erörterung aller Probleme muß man dankbar sein.

Friedrich Wehner

JAMES L. PAYNE

Patterns of Conflict in Colombia

New Haven and London Yale University Press, 1968, XV + 358 Seiten.

Dieses Buch hat sich zum Ziel gesetzt „to explain political conflict in Colombia through an examination of political motives and the context in which these motives find expression“ (4). Trotzdem scheint es dem Verfasser weithin weniger auf Empirie als solche denn auf die Verifizierung abstrakter Thesen anzukommen, so daß man nicht immer sicher ist, ob man es mit Referat oder mit Deduktion zu tun hat. Abgesehen hiervon handelt es sich um eine politologisch-soziologische Beschreibung der staatlichen Institutionen, Zustände und vor allem der Motivationen der auf diesen Bühnen sich bewegenden Akteure. Zweierlei mag hieraus als verfassungstheoretisch bedeutsam herausgehoben werden.

Nicht allzusehr überrascht die Feststellung, daß es der Politik und den Politikern nicht um irgendeine Sache, sondern um die Person, ihren Status und ihr Prestige geht (VII; 241; 244; 248 und öfter). Die Parteien können sich folgerichtig nicht durch Programme unterscheiden; hierfür bleibt lediglich übrig eine Differenzierung nach der Strategie der persönlichen Statuserlangung und -behauptung, also praktisch eine Minimisierung der Verschiedenheit.

Unter solchen Umständen kann das Parlament nichts anderes sein als eine unpolitische Veranstaltung (246): „We think Congress is for speeches not votes“ (ein kolombianischer Abgeordneter; vgl. S. 238). Eine solche Auffassung macht es unvermeidlich, die eigentlichen Entscheidungen an die Exekutive zu delegieren (257).

Kolumbien zeigt, daß eine am persönlichen Status orientierte „Politik“ Gewalt, und zwar sogar extreme Gewalt nicht ausschließt, ja sogar zu begünstigen scheint. Der Bürgerkrieg mag hier die Fortsetzung der Innen„politik“ mit anderen Mitteln sein. Man schätzt, daß der letzte von ihnen (1949—1953) insgesamt 134 820 Menschenleben gefordert hat. Es ist die Gesellschaft selbst, die ein Heilmittel gegen diese seit 1826 schwelende Krisis (314) gefunden hat. Es ist die der „Frente Nacional“ (177) — eine Art von Friedensschluß zwischen den beiden großen Parteien, der beider Parität in Parlament und Regierung sowie Alternation der Präsidentschaft vorsieht. Durch Volksabstimmung ist er zum Bestandteil der Verfassung erhoben worden. Diese Lösung hat sich bewährt (315). Mit um so größerer Besorgnis sieht man daher dem Jahre 1974 entgegen, in dem dieser Vertrag abläuft.

Herbert Krüger

ERNEST A. DUFF

Agrarian Reform in Colombia

Praeger Special Studies in International Economics and Development

Frederick A. Praeger, New York 1968, XI, 240 S.,

Fassung des Agrarreform-Gesetzes 135 von 1961, Bibliographie, US \$ 14,00.

Agrarreformen stellen ein neuralgisches Problem in den meisten Ländern Lateinamerikas dar. Größtenteils als fortschrittschließende Erbschaft hispanischer Kolonisierungspolitik verstanden, kommt der höchst ungleichen Verteilung des Landbesitzes nicht nur eine soziale und ökonomische Bedeutung zu, sondern läßt aufgrund der gegebenen Gesellschaftsstrukturen aus allen Re-

formansätzen ein Politikum ersten Ranges werden. Columbien macht diesbezüglich keine Ausnahme, weist jedoch mit der spezifischen Erscheinungsform der „violencia“ einen besonderen Hintergrund außer Kontrolle geratener politischer Kontroversen sozio-ökonomischer Herkunft in den nichturbanen Teilen des Landes auf. Duff, selbst langjährig in Columbien in diplomatischen und Universitätsdiensten tätig gewesen, gibt in der vorliegenden Studie einen Überblick über Entstehung und Realisierung des Agrarreformgesetzes von 1961. Den innenpolitischen Verhältnissen, dem parlamentarischen Kampf um die Durchsetzung des Gesetzes und der Beschreibung der äußeren (insbesondere US-Einflüsse räumt der Autor dabei eindeutig Priorität ein. Die Erörterung der ökonomischen Gesichtspunkte leidet darunter.

Die Arbeit konzentriert sich vielmehr auf eine Verdeutlichung der „obstacles to change“, die aus der gesellschaftspolitischen Struktur für die Verwirklichung der Agrarreform erwachsen. Die Deklaration von Bogotá 1960 und die Konferenz von Punta del Este, auf der 1961 die Allianz für den Fortschritt ins Leben gerufen wurde, stellten mit ihrer Hervorhebung der Notwendigkeit sozialer Veränderungen insbesondere auch hinsichtlich der Agrarstruktur einen begünstigenden Einfluß für die Vorhaben der Reformer dar, der auch durch eine indirekte Unterstützung seitens der USA zum Ausdruck kam. Duff beschreibt in ausführlicher Form, wie durch das persönliche Engagement des späteren Präsidenten Lleras Restrepo und der ihn unterstützenden Parteigruppen trotz massiver Opposition die Durchsetzung des Agrarreformgesetzes von 1961 gelang, das hinsichtlich seines Inhalts kaum Einschränkungen für eine umfassende und progressive Durchführung der Agrarreform bietet. Die streckenweise fast ausschweifende Breite der Darstellung hat jedoch den Vorteil, wesentliche Einzelaspekte, die die spätere Realisierung der Agrarreform behinderten, in ihrem Zusammenhang zu erkennen. So wird ersichtlich, daß das Re-

formgesetz eindeutig als Hebel zur sozialen Veränderung im Agrarbereich im Sinne einer innerpolitischen Entspannung des in Anarchie und Frustration verfallenen Verhältnisses zwischen Liberalen und Konservativen auf dem Lande angesehen wurde, ohne daß jedoch die Begünstigten als soziale Gruppe oder politischer Faktor an dem Reformwerk beteiligt waren (Hirschman: „A social reform ‚engineered‘ from above“). Das parteipolitische Kräftespiel, das sich in seiner Vielschichtigkeit bei der parlamentarischen Durchsetzung des Reformgesetzes demonstrierte, offenbart die relativ schwache Plattform für die administrative Verwirklichung der Reformmaßnahmen. Die Neubesetzung des Präsidentenamtes 1962 bedeutete gleichzeitig die Verschleppung einer zügigen Reformdurchführung wie auch die inhaltliche Entschärfung durch Verlagerung der Reformansätze von Maßnahmen der Landverteilung zu Maßnahmen der Kolonisierung.

Duff analysiert des weiteren eine Reihe von hemmenden Einflüssen, die nicht direkt gesellschaftsbezogen sind. Gerade am Beispiel Columbien läßt sich klar aufzeigen, daß umfassende Agrarreformgesetze zwar eine Voraussetzung für die Durchsetzung des sozialen Wandels im landwirtschaftlichen Bereich sind, eine fehlende Konzeption für die Landwirtschaft als Wirtschaftsbereich, mangelnde Ausstattung mit finanziellen Mitteln und geeigneten Mitarbeitern sowie fehlende Vorbereitung (Mangel an entsprechenden Untersuchungen etc.) sich schnell als wirkungsvolle Bremsen erweisen.

Vermißt wird in dem vorliegenden Buch eine detaillierte Beschreibung einzelner Reformansätze sowie der INCORA-Tätigkeit überhaupt. Die nur am Rande zu verzeichnende ökonomische Blickrichtung verhindert es wohl auch, daß reformergänzende Bereiche wie Genossenschaftsbildung und Kreditversorgung Erwähnung finden. Duff behandelt die columbianische Agrarreform vorrangig als innenpolitisches und gesellschaftsstrukturelles Problem. Seine anschauliche Verdeutlichung der columbianischen

Verhältnisse hat jedoch ebenso Aussagekraft für Reformansätze in anderen lateinamerikanischen Ländern.

Gunter Wipplinger

NATHANIEL H. LEFF

Economic Policy-Making and Development in Brazil, 1947—1964

John Wiley and Sons, New York usw. 1968, XIV + 199 Seiten.

Durch dieses wertvolle Buch zieht sich wie ein roter Faden die These, daß entgegen der gängigen Ansicht die Wirtschaftspolitik der brasilianischen Regierungen eine durchaus autonome, daß sie also nicht eine bloße Funktion wirtschaftlicher Interessen gewesen sei. Der Verfasser erklärt diese Selbständigkeit aus der Einflußlosigkeit der politischen Parteien und der Interessengruppen; positiv sieht er ihre Grundlage in der Konzentration der Macht bei den Politikern und ihrem Präsidenten, die sich auf festgefügte und unbedingt ergebene Klientelen („Maschinen“ i. S. der USA Innenpolitik) stützen können. Auf diese Weise wird eine sich am Gemeinwohl orientierende, entschiedene und durchsetzbare Wirtschaftspolitik um so eher möglich, als sich diese Elite über die Wirtschaftsideologie einig ist und sie in den „técnicos“ über ein tüchtiges und unbestechliches Instrument zu deren Verwirklichung verfügt, die Kontinuität und Erfolg der Wirtschaftspolitik trotz aller politischen Instabilität verbürgen. Seit 1962 allerdings beginnt sich dieses Bild zu ändern, ohne daß der Verfasser in der Lage wäre, über die Ursachen dieser Veränderung mehr als Vermutung äußern zu können.

Herbert Krüger

JAMES PETRAS

Politics and Social Forces in Chilean Development

University of California Press, Berkeley and Los Angeles 1969, VII + 355 S.

In recht ungeordnetem Vortrag berichtet der Verfasser teils historisch, teils aktuell über die Ergebnisse seiner Forschungen und Beobachtungen. Es bleibt durchweg bei der Aneinanderreihung von Einzelheiten, die vielfach recht interessant sind, die aber doch selbst in summa eine zusammenhängende, vollständige und eindringliche Darstellung von Grundfragen, wie etwa Agrarverfassung und Agrarreform, nicht ersetzen können. Es scheint allerdings, als ob es dem Verfasser auf solche gediegene Unterrichtung gar nicht ankäme. Im ganzen hinterläßt nämlich das Buch den Eindruck, als ob es ihm vor allem um die Führung des Beweises für seine These ankomme, derzufolge eine umfassende, tiefgreifende, womöglich als „action directe“ verwirklichte Revolution trotz aller Erforderlichkeit durch die Intrigen einer führenden Schicht aus Grundeigentümern und Unternehmern immer wieder verhindert würde, und zwar mit Unterstützung der Vereinigten Staaten. Daß solche Umtriebe angesichts der Not in Stadt und Land überhaupt Erfolg haben können, führt der Verfasser auf Gespaltenheit und Beflissenheit der Linken zurück, der nichtsdestoweniger unverkennbar seine Sympathien gehören.

Herbert Krüger